

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB

Gelungenes FCG-Oktoberfest 2022

Schwerpunkte der Ausgabe:

- FCG Salzburg Landeskonzferenz 2022
- Ursula Hafner neue gf. FCG-Frauenvorsitzende
- Markus Hiesberger neuer FCG/GPA-Bundesgeschäftsführer



göd.fcg

Im Mittelpunkt der Mensch

STABILITÄT & SICHERHEIT

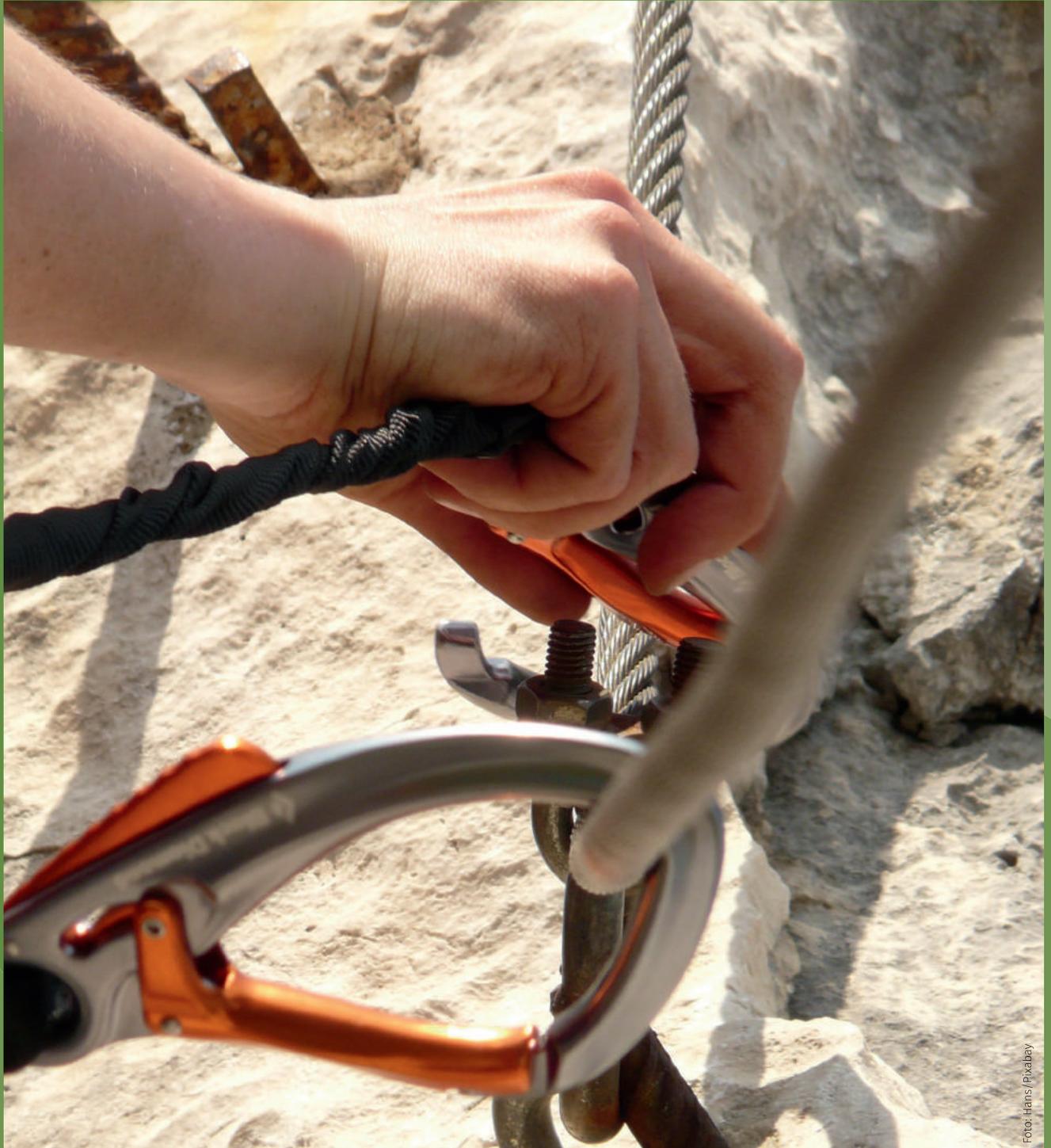


Foto: Hans Pixabay

goedfcg.at



Dr. Norbert Schnedl
Vorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

WER HÄTTE VOR WENIGEN JAHREN MIT EINER DERARTIGEN INFLATIONS-ENTWICKLUNG GERECHNET? Die Corona-Pandemie hat durch die Lockdowns im asiatischen Bereich zu Lieferkettenproblemen und damit zu Preissteigerungen geführt. Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat zu einem enormen Energiepreisanstieg geführt. Diese Gemengelage hat die Monatsinflation mittlerweile in den zweistelligen Bereich ansteigen lassen. Mittlerweile sind die Preisanstiege in fast allen Produktgruppen und Dienstleistungen deutlich zu spüren. Die Gehaltsverhandlungen werden vor diesem Hintergrund schwierig werden. Dennoch ist klar, dass die Zielsetzung Kaufkraftershalt und Kaufkraftsteigerung sein muss.

Die **Maßnahmen der Bundesregierung** zur Unterstützung der Menschen in Österreich **zeigen Wirkung**. Viele Milliarden wurden aufgewendet. Gelungene Arbeitsmarktpolitik hat trotz multipler Krisen zu einem hohen Beschäftigungsniveau geführt. Österreich hat in Europa, gemessen an der Bevölkerungszahl, die zweithöchsten Maßnahmen und Förderungen zur Krisenbewältigung ausgeschüttet. Das unterstreicht den österreichischen Weg eines gemeinwohlorientierten Wohlfahrtsstaates, in dem der Stellenwert der Sozialpartnerschaft hoch ist.

Ein **selbstbestimmtes Leben in Freiheit**, Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist für uns alle selbstverständlich geworden. Umso verständlicher ist es, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer für genau diese Werte kämpfen. Sie wollen nicht ein unterjochtes Volk sein. Deshalb ist die Unterstützung wichtig. Österreich ist ein neutrales Land. Ein militärisch neutrales Land. Aber gegen Kriegstreiber sowie ein rücksichtsloses und menschenverachtendes Regime ist es geboten, Partei zu ergreifen und die Stimme zu erheben.

Die multiplen Krisen verlangen uns viel ab. Aufgrund der internationalen Verflechtungen kann vieles nicht auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden. Aber eine Vorgangsweise ist immer wirksam: **Zusammenhalt und Gemeinsamkeit**. Unsere Werte, unsere gemeinsamen Ziele, ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit, dafür lohnt es sich, sich mit aller Kraft einzusetzen!

In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Familien viel Kraft und Gesundheit! ■

*Ihr Norbert Schnedl,
Bundesvorsitzender der FCG*



Mag. Denis Strieder
FCG-Pressereferent

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der aktuellen Ausgabe unseres Magazins berichten wir über die **FCG-Landeskonferenz in Salzburg** und gratulieren der wiedergewählten **Landesvorsitzenden Susanne Dittrich-Allerstorfer** und ihrem Team sehr herzlich!

In weiterer Folge möchten wir Ihnen unsere neue geschäftsführende **FCG-Frauenvorsitzende Mag.^a Ursula Hafner** und den neuen FCG/GPA-Bundesgeschäftsführer **Mag. Markus Hiesberger** in ihren neuen Funktionen vorstellen. Zudem blicken wir mit großer Freude auf das **FCG-Oktoberfest 2022**, das nach zwei Jahren „Corona-Pause“ endlich wieder stattfinden konnte.

Hinsichtlich des aktuellen Themas Pflege möchten wir Ihnen ein **Interview mit Gertraud Pichler** besonders ans Herz legen, die sich mit großem Engagement als Kollektivvertrags-Verhandlerin für Verbesserungen im Pflegebereich einsetzt.

Im Namen des Teams wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen und einen angenehmen Herbst! ■

Denis Strieder
Chefredakteur von „Vorrang Mensch“

FCG Salzburg: Susanne Dittrich-Allerstorfer als Vorsitzende wiedergewählt

BEI DER ORDENTLICHEN LANDESKONFERENZ AM 22. SEPTEMBER 2022 in Salzburg wurde Gemeinderätin Susanne Dittrich-Allerstorfer mit einem beeindruckenden Ergebnis von 96,1 % der Stimmen der Delegierten in ihrer Funktion als Landesvorsitzende der FCG Salzburg bestätigt. Ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter Rainer Schmidhuber (GPA), Evelyn Reith-Ernst (GPF) und Martin Winkler (Younion) wurden ebenfalls mit größtmöglicher Zustimmung gewählt.

Susanne Dittrich-Allerstorfer bedankte sich in ihrer Rede bei allen Delegierten für das große Vertrauen, das ihr und ihrem Team entgegengebracht wurde. Sie stellte in ihrer Ansprache fest: „Wir können in den letzten fünf Jahren auf tolle Erfolge bei zahlreichen Betriebsratswahlen, Personalvertretungswahlen und den letzten Arbeiterkammerwahlen zurückblicken. An diese Erfolge wollen wir in Zukunft anknüpfen und weiter an Stärke hinzugewinnen“. Hinsichtlich der thematischen Ausrichtung für die kommende Funktionsperiode sei es „von besonderer Wichtigkeit, die Stärkung der Sozialpartnerschaft, unsere christlich-sozialen Werte und die solidarische



Verantwortung in den Mittelpunkt zu rücken“. Zudem bekräftigte sie: „Wir bekennen uns zur lebendigen Demokratie mit der Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger.“

FCG-Bundesvorsitzender Dr. Norbert Schnedl bedankte sich bei allen Funktionärinnen und Funktionären für ihren großen Einsatz. Im Rahmen seines Impulsreferates betonte er mit Blick auf die schwierigen Zeiten, in denen wir leben, dass „wir als FCG immer für den Dialog stehen, den Respekt vor anderen Meinungen hochhalten und stets nach Lösungen und Gemeinsamkeiten suchen. Für die kommenden Herausforderungen brauchen wir vor allem

Optimismus, Zusammenhalt und ein festes Wertefundament.“ Der wiedergewählten Landesvorsitzenden Dittrich-Allerstorfer und ihrem Team gratulierte er zu dem „großartigen Ergebnis“ und wünschte ihnen „viel Kraft und Erfolg für die zukünftigen Aufgaben“.

ÖAAB-Landesobmann LABg. Mag. Karl Zallinger bedankte sich in seiner Ansprache für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der FCG und betonte die „tiefe Verbundenheit mit der FCG Salzburg“. Es sei der „Auftrag von FCG und ÖAAB couragiert für Gerechtigkeit zu sorgen, damit die Menschen von dem, was sie verdienen, auch leben können“.



Neue geschäftsführende FCG-Bundesfrauen- vorsitzende Mag.^a Ursula Hafner

AM 4.7.2022 WURDE ICH AUF VORSCHLAG VON MONIKA GABRIEL, der langjährigen BundesFCG Frauenvorsitzenden, mit überwältigender Mehrheit zur neuen geschäftsführenden BundesFCG Frauenvorsitzenden gewählt.

Als langjährige Personalvertreterin und Gewerkschaftsfunktionärin liegen mir gewerkschaftspolitische Frauenthemen sehr am Herzen. Ich bin seit 2011 Vorstandsmitglied der GÖD, zuständig für den Bereich Familie. Seit 2018 durfte ich mich als stellvertretende BundesFCG Frauenvorsitzende für die Anliegen der Kolleginnen aus allen sieben Fachgewerkschaften einsetzen. Ebenso kenne ich als im Berufsleben stehende Frau, Ehefrau und Mutter den Drahtseilakt sehr gut, der erforderlich ist, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Als Pädagogin liegt mir die Bildung und Unterstützung unserer Kinder besonders am Herzen.

Getreu dem Motto der BundesFCG Frauen Balance.Macht.Sinn fordern wir, dass Frauen die Möglichkeit haben, sich



Monika Gabriel (li.) mit der neuen Vorsitzenden Ursula Hafner

selbstbestimmt zu entfalten, um möglichst interessante aber auch sinnbringende berufliche Aufgaben übernehmen zu können.

Ein notwendiger Schritt dazu ist die gelebte Partnerschaftlichkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern. Das bedeutet: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Der 2018 entstandene Forderungskatalog beim FCG-Bundesfrauenkongress beinhaltet insgesamt 38 gesellschaftspolitisch wichtige Punkte in folgenden Themenbereichen:

- BALANCE – FAMILIE, BERUF UND ICH

- BALANCE - ARBEIT UND EINKOMMEN
- CHANCENGLEICHHEIT
- SOZIALES
- ALTERNSGERECHTES ARBEITEN
- PENSION

Durch intensive Verhandlungen konnten in diesen Punkten Verbesserungen für unsere Kolleginnen erreicht werden.

Ich werde mich in meiner neuen Funktion als geschäftsführende BundesFCG Frauenvorsitzende dafür einsetzen, dass unsere Kolleginnen in allen Lebensphasen unter besten Arbeitsbedingungen die Wahlfreiheit in der Gestaltung ihres Berufslebens haben. Familie und Beruf dürfen dabei kein Widerspruch sein. Ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit mit meinen Stellvertreterinnen Karin Zeisel, Monika Gabriel und Elisabeth Planinger und ebenso mit den FCG Kolleginnen auf allen Ebenen. Ich bedanke mich besonders bei Monika Gabriel, dass sie mich als meine Stellvertreterin weiter unterstützt. ■

Mag.^a Ursula Hafner

Markus Hiesberger ist neuer Bundesgeschäftsführer

MARKUS HIESBERGER IST SEIT AUGUST BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER der Fraktion Christlicher Gewerkschafter*innen in der Gewerkschaft GPA. Hiesberger ist kein Unbekannter in der GPA. Bereits seit elf Jahren ist er als Regionalsekretär für die Betreuung von Betriebsrät*innen und Mitgliedern zuständig - zuerst in Wien und seit 2017 in Niederösterreich. Er blickt auf viel Erfahrung in der Politik, Wirtschaft und als Pressesprecher zurück und bringt etliche Jahre Auslandserfahrung mit. Nach der Matura hat er Politik, Recht und Geschichte in Wien und Belfast studiert. Hiesberger hat zwei Kinder.



Die dringlichste Herausforderung sieht der begeisterte Marathonläufer bei den bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen.

„Das Leben ist sehr teurer geworden. Die Regierung hat mit ihren Maßnahmen erste gute Schritte gesetzt. Aber die Menschen erwarten sich zu Recht noch mehr Unterstützung. Einmalzahlungen sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Eine deutliche Anhebung der Löhne und Gehälter ist nachhaltig und die beste Chance die Teuerung abzufedern und den Menschen zu helfen“, ist Hiesberger überzeugt. ■

Kollektivvertrags-Verhandlerin Gertraud Pichler im Interview

„Ich bin mir sicher, dass wir den KV zu einem guten Abschluss mit den notwendigen Verbesserungen bringen!“

Redaktion: Liebe Gertraud, du bist Betriebsratsvorsitzende bei den „Sozialen Einrichtungen der Barmherzigen Schwestern Zams“ und hauptverantwortlich bei den aktuellen Kollektivvertragsverhandlungen der „Konfessionellen Alters- und Pflegeheime (KAP)“ - welche sind die aktuellen Herausforderungen?

Gertraud Pichler: Die Herausforderung liegt darin, den Kollektivvertrag (KV) auf ein Niveau zu bringen, dass er zu den anderen Kollektivverträgen in der Branche konkurrenzfähig ist. Es geht in erster Linie um die Themen Arbeitszeit und Entlohnung. Wir haben nach wie vor die 40-Stunden-Woche und die Bezahlung liegt sehr deutlich unter den vergleichbaren KVs. Leider ist es bisher nicht gelungen, die Gehaltstabellen auf ein höheres Niveau zu bringen, darüber hinaus werden maximal fünf Jahre bei den Vordienstzeiten angerechnet, dies wirkt sich ebenfalls negativ auf das Gehalt aus.

Redaktion: Welche sind die größten Streitpunkte bei den aktuellen Verhandlungen?

Pichler: Eigentlich alles, man sieht auf Seiten der Arbeitgeber*innen zwar die Notwendigkeiten für Verbesserungen, aber möchte selbst nichts dazu beitragen. Die immer größer werdende Lücke zwischen unserem KAP-Kollektivvertrag und den anderen Kollektivverträgen der Branche wird heruntergespielt. Hier geht



es beispielsweise um den Unterschied zwischen einer 37- und einer 40-Stunden-Woche. Wir wollen hier zumindest eine Angleichung auf die 37 Wochenstunden Arbeitszeit.

Redaktion: Was passiert, wenn es zu keiner Einigung kommt und der Kollektivvertrag nicht unterschrieben wird?

Pichler: Ich habe hier ein Gutachten der Arbeiterkammer Tirol eingeholt, das von der Rechtsabteilung der vida ebenfalls bestätigt wurde. Wenn es zu keiner Einigung kommt und der KV nicht unterschrieben wird, dann fallen wir unter die Satzung des Kollektivvertrages der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ), der dann für uns Gültigkeit haben würde. Ich möchte festhalten, dass ich mich mit vollem Eifer für diesen KV einsetze und ich bin mir sicher, dass wir den KV zu einem guten Abschluss mit den notwendigen Verbesserungen bringen oder uns im SWÖ-KV wiederfinden, der ebenfalls zu deutlichen Verbesserungen gegenüber dem aktuellen KV führen würde.

Gibt es auch Punkte im aktuellen KAP-Kollektivvertrag, die du gerne in den KV der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) übernehmen würdest?

Pichler: Ja, hier gibt es einen Punkt und das ist die sogenannte Einspringer-Regelung. Hier geht es darum, dass bis zum 15. des Vormonates der Dienstplan stehen muss und falls danach Änderungen vorgenommen werden, dann werden die Arbeitsstunden sofort als Überstunden gewertet, das gilt sowohl für Teilzeit- als auch Vollzeitkräfte. Konkret bedeutet das einen Zuschlag von 50 % tagsüber und 100 % in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen.

Redaktion: Welche Verbesserungen braucht es aus deiner Sicht allgemein im Pflegebereich?

Pichler: Ich glaube, dass es hier um ganz viele Dinge geht. Erstens müssen wir versuchen, junge Menschen dazu zu bringen, im Pflegebereich beruflich tätig werden zu wollen und das schafft man nur, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden. Es handelt sich um einen Beruf, der 24-Stunden-Dienste sowie Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen mit sich bringt. Umso wichtiger ist es, das Gehalt zu erhöhen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine Reduktion der Arbeitszeit zu verbessern. Insofern treten wir auch für eine 35-Stunden-Woche im Pflegebereich ein.

Redaktion: Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg! ■

i

Zur Person: Gertraud Pichler ist seit 2008 freigestellte Betriebsratsvorsitzende bei den Sozialen Einrichtungen der Barmherzigen Schwestern Zams und in verschiedenen Funktionen für die GPA und vida tätig, u. a. als FCG/GPA-Frauenvorsitzende in Tirol.

Erfolgreiche Klausur der FCG Frauen im steirischen Pöllau

AM 16.9. BZW. 17.9.2022 FAND IN PÖLLAU IN DER STEIERMARK die Klausur der BundesFCG Frauen statt.

Unsere engagierten FCG Landesfrauenvorsitzenden, FCG Gewerkschaftsfrauenvorsitzenden und FCG Spitzenfrauenfunktionärinnen, alle gewählten Personalvertreterinnen und Betriebsrätinnen, legten mit der gf. BundesFCG Frauenvorsitzenden Mag.^a Ursula Hafner und ihren Stellvertreterinnen Monika Gabriel und Elisabeth Planinger die frauenspezifischen Themenschwerpunkte für den FCG Bundesfrauenkongress und den ÖGB Frauenkongress im April 2023 bzw. den BundesFCG Kongress im Juni fest.

Wir wurden dabei von Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Petter-Trausnitz und Mag. Denis Strieder, BA unterstützt.

*Mag.^a Ursula Hafner,
gf. BundesFCG Frauenvorsitzende*



Entlastungspakete und Maßnahmen

Fakten oder Fake-News? Eine Entscheidungshilfe der FCG von Generalsekretär Andreas Gjecaj.

„Die Zeit ist aus den Fugen.“ (William Shakespeare, Hamlet)

Am Beginn des 21. Jahrhunderts scheint immer mehr Menschen auf der ganzen Welt und in Europa zu dämmern: Die Welt ist nicht mehr, wie sie in unserer Kindheit war. Und mehr noch: Sie wird nie mehr so sein! Es scheint fast, als wären die immer stärker um sich greifenden Krisen nicht mehr die Ausnahmen zur „normalen Welt“, sondern die neue Normalität.

Gemeinsam ist dieser krisenhaften Zeit, dass immer öfter Fakten und Falschmeldungen durcheinandergebracht werden und damit viele Menschen „durcheinander“ bringen. Als FCG wollen wir einen Beitrag leisten, nicht in einer Welt der „Märchen und Mythen“ – der Narrative – gefangen zu sein, sondern ganz genau zwischen Tatsachen und Meinungen zu unterscheiden. Der Satz: „Ich habe mir meine Meinung gebildet, verschont mich mit euren Tatsachen!“ bringt uns nicht weiter und kann aufgebrochen werden, wenn wir aus einem „Empörungs-Stadium“ wieder zu den nüchternen Fakten zurückkehren. Ja, es ist eine schwierige und herausfordernde Zeit, aber wir haben als FCG viel zur Lösung von Schwierigkeiten einzubringen. Wir haben Verhandlungserfahrung und setzen immer auf den Dialog!

Auch am Beginn des 3. Jahrtausends sind Gewerkschaften dabei, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, um die Rechte von Arbeitnehmer*innen zu kämpfen und mit Verhandlungen im sozialen Dialog einen Ausgleich zu schaffen, der durch Kollektivverträge abgesichert wird.



Foto: © BKA - Andy Wenzel

Nutzen wir die gesicherten Daten der folgenden Seiten als wertvolle Argumente, um in einer wertschätzenden Sprache in konstruktive Dialoge einzutreten. „Dumme Menschen suchen Schuldige – gescheite Menschen suchen Lösungen!“ lautete ein Diskussionsbeitrag eines Christgewerkchafters bei einem Seminar. Entscheiden wir uns fürs Gescheiterwerden!

Ökosoziale Steuerreform

- Senkung der 2. Einkommenssteuerstufe von 35 auf 30 Prozent, seit Jänner 2022 gilt bereits ein Mischsteuersatz von 32,5 % für das gesamte Jahr 2022, das entspricht einer Entlastung von bis zu 650 Euro pro Jahr.
- Senkung der 3. Einkommenssteuerstufe ab Juli 2023 von 42 auf 40 Prozent, das entspricht einer maximalen Entlastung von bis zu 580 Euro pro Jahr.
- Entlastung niedriger Einkommen durch Erhöhung der Negativsteuer bzw. des Zuschlags zum Verkehrsabsetzbetrages und des Pensionistenabsetzbetrages, das entspricht einer Entlastung von bis zu 250 Euro pro Jahr.
- Erhöhung des Familienbonus von 1.500 Euro auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr ab Juli 2022 – hinzu kommt die Erhöhung des Kindermehrbetrages auf 450 Euro.

- Einführung des Mitarbeiter*innen-Be teiligungsmodells mit bis zu 3.000 Euro steuerfrei für Arbeitnehmer*innen.
- Die Sauber-Heizen-Offensive mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. Euro – hierzu zählen u.a. steuerliche Anreize für Heizkesseltausch und thermische Sanierung.

Entlastungspaket 1

Energiepaket mit einem Volumen von insgesamt 1,7 Mrd. Euro:

- Energiekostenausgleich: 600 Mio. Euro
- Ökostrompauschale: 350 Mio. Euro
- Ökostrom-Förderbeitrag: 520 Mio. Euro
- Teuerungsausgleich für vulnerable Gruppen: 200 Mio. Euro

Entlastungspaket 2

Energiepaket mit einem Volumen von 2 Mrd. Euro:

- Erhöhung des Pendlerpauschales um 50 Prozent und Vervielfachung des Pendlerreiros: 400 Mio. Euro (von Mai 2022 bis Juni 2023).
- Preissenkungen im öffentlichen Verkehr und Angebotserweiterungen: 150 Mio. Euro.
- Senkung der spezifischen Energieabgaben (Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe) um rund 90 Prozent: 900 Mio. Euro.

der Bundesregierung seit 1. Jänner 2022

- Es ergeht eine Weisung an den Kartellanwalt (BMJ) zur Kontrolle der Öl-Industrie und von Betrieben in der Öl/Diesel/Benzin-Wertschöpfungskette.
- Agrardiesel-Kostenausgleich angelehnt an Systematik nEHS, im derzeit europarechtlich zulässigen Ausmaß.
- Ausgleich von steigenden Energiekosten im öffentlichen Verkehr zur Verhinderung von Preissteigerungen (z.B. Schülerfreifahrten).
- Entlastung für inländische KMU mit hohem Treibstoffaufwand, insbesondere im Bereich Handwerk, sowie EPU über eine Treibstoffrückvergütung mit einem Volumen von ca. 120 Mio. Euro.
- Liquiditätshilfe für Unternehmen durch Herabsetzung der Vorauszahlungen der ESt/KSt-Zahlungen.
- Unterstützung für Betriebe zum raschen Umstieg auf alternative, dekarbonisierte Antriebsformen: insgesamt 120 Mio. Euro für die Jahre 2022 und 2023.
- Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit für Windkraft- und Photovoltaik-Projekte: insgesamt 250 Mio. Euro.

Entlastungspaket 3

Die Regierung hat im Juni 2022 weitere Entlastungsmaßnahmen zur Abfederung der Teuerung im Volumen von weiteren mehr als über 28 Mrd. Euro bis zum Jahr 2026 beschlossen:

- Auszahlung einer zusätzlichen Familienbeihilfe in Höhe von 180 Euro pro Kind (erfolgte im August).
- Teuerungsausgleich in Höhe von 300 Euro für Personen mit geringem Einkommen.
- Erhöhter Familienbonus Plus in Höhe von 2.000 Euro für das Jahr 2022.
- Erhöhter Kindermehrbetrag in Höhe von 550 Euro (wird für das Jahr 2022 Anfang 2023 wirksam).
- Teuerungsabsetzbetrag für Arbeitnehmer*innen (wird ab Anfang

2023 rückwirkend für 2022 wirksam).

- Zur zusätzlichen Entlastung von Arbeitnehmer*innen kann in den Jahren 2022 und 2023 eine steuer- und abgabenfreie Prämie in Höhe von jeweils bis zu 3.000 Euro ausbezahlt werden.
- Ab September wurden der erhöhte Klimabonus sowie der Anti-Teuerungsbonus ausbezahlt. Dadurch wurden alle in Österreich lebenden Erwachsenen in Höhe von mindestens 500 Euro unterstützt.
- Ab 1. Jänner 2023 werden die Abschaffung der kalten Progression, die Senkung der Lohnnebenkosten sowie die Valorisierung der Familien- und Sozialleistungen wirksam. Dadurch werden die Menschen und Unternehmen dauerhaft entlastet.

Weitere Entlastungsmaßnahmen auf einen Blick:

Stromkostenbremse: Die Stromkostenbremse ist für ca. 80 Prozent des Durchschnittsverbrauchs eines Haushalts wirksam und dämpft den Kostenanstieg massiv. Für den Verbrauch über 2.900 kWh hinaus muss der Marktpreis bezahlt werden. Dadurch soll auch ein Anreiz zum Stromsparen gesetzt werden. Die Stromkostenbremse wird voraussichtlich ab 1. Dezember direkt auf den Stromrechnungen wirksam und gilt bis zum 30. Juni 2024.

Abschaffung kalte Progression: Um der kalten Progression entgegenzuwirken, wurden die Grenzbeträge der untersten beiden Tarifstufen über die Höhe der Inflationsrate (um 6,3 Prozent) angehoben. Dadurch werden insbesondere niedrige und mittlere Einkommen über die Inflationsrate hinausgehend entlastet. Bisher waren Bürger*innen ab einer Einkommensgrenze von 11.000 Euro steuerpflichtig. Durch die Einigung der Bundesregierung liegt diese Grenze im nächsten Jahr bei 11.693 Euro. Die Grenzbeträge der weiteren Tarifstufen werden um zwei Drittel der Inflationsrate erhöht. Das

entspricht einer Anpassung um 3,47 Prozent und entlastet auch Menschen mit mittleren und höheren Einkommen. Die Absetzbeträge samt zugehöriger Einschleifgrenzen und die SV-Rückerstattung werden in voller Höhe der Inflationsrate angepasst. Das entspricht einer Anhebung um 5,2 Prozent.

Valorisierung der Sozialleistungen: Ab 1. Jänner 2023 werden Alleinverdiener-, Allein-erzieher- und Unterhaltsabsetzbetrag, Pensionistenabsetzbeträge sowie Verkehrsabsetzbeträge automatisch an die Inflation (im Ausmaß von zwei Dritteln) angepasst. Auch werden Sozial- und Familienleistungen (u.a. Kranken-, Reha-, Umschulungsgeld, Studienbeihilfe, Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag und Kinderabsetzbetrag) erstmalig entsprechend der jährlichen Valorisierungsautomatik angepasst.

Absetzbetrag für Arbeitnehmer*innen je nach Arbeitnehmerveranlagung: Der Teuerungsabsetzbetrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird ab Anfang des Jahres 2023 rückwirkend für das Jahr 2022 wirksam.

Weitere Senkung der Lohn- und Einkommensteuer von 42 Prozent auf 41 Prozent (zwischen 31.000 und 60.000 Euro Einkommen).

Gebührenbremse: Insgesamt betrifft der Gebührenstopp alle Eingaben und Schriften an sämtliche Behörden und beliehene Unternehmen (auch Landesbehörden und Gemeinden, Zulassungsstellen etc.), die im Gebührengesetz 1957 geregelt sind. Inkludiert sind darin alle Verfahren bei Behörden, egal, ob es sich zum Beispiel um Baubewilligungen oder um Zulassungen von Kfz handelt. Der aktuelle Gebührenstopp gilt bis Juli 2023. ■

Quellen: www.oesterreich.gv.at, www.bmf.gv.at, www.parlament.gv.at

Gelungenes FCG-Oktoberfest 2022

AM 7. SEPTEMBER 2022 WAR ES ENDLICH WIEDER SOWEIT! Nach über zweijähriger COVID-19-bedingter Pause hat unser beliebtes FCG-Oktoberfest stattgefunden, auf das bereits sehnsüchtig gewartet wurde – diesmal im Wiener Prater.

FCG-Bundesvorsitzender Dr. Norbert Schnedl begrüßte die zahlreichen Besucher*innen mit einer mitreißenden Ansprache, allen voran unsere Ehrengäste Staatssekretärin Claudia Plakolm, ÖAAB-Bundesobmann NR August Wöginger, ÖAAB-Generalsekretär NR Christoph Zarits und den Wiener ÖVP-Klubobmann Dr. Markus Wölbitsch-Milan.

Die Fotos zum Oktoberfest finden Sie auf unserer FCG-Website unter www.fcg.at



Alle Fotos: © Weinwurm

BVAEBaktiv Oktoberfest

AM 6. SEPTEMBER 2022 FAND NACH CORONA-BEDINGTER PAUSE wieder das traditionelle Oktoberfest unserer FCG-Betriebsgruppe der BVAEB statt. BRV Florian Kahl und sein Team konnten an diesem lauen Spätsommerabend auch hochrangige Vertreter*innen aus Gewerkschaft und Politik begrüßen. **FCG-Bundesvorsitzender und GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl**, die stellvertretende Vorsitzende der GÖD **Abg.z. NR Mag.^a Romana Deckenbacher** und ÖAAB-Bundesobmann **Gust Wöginger**, sowie die Generalsekretäre aus FCG - **Andreas Gjecaj**



und ÖAAB – **Christoph Zarits** zeigten sich vom starken Zuspruch, von der guten Stimmung und von der tollen Organisation beeindruckt. **GD Dr. Gerhard**

Vogel und die rund 330 Kolleginnen und Kollegen aus der BVAEB genossen den Abend bei Spanferkel, Weißwürsten und kühlem Bier bis spät nach Mitternacht. ■



da capo al fine

Unheilige Allianz

Im Herbst 2022 wurde in Tirol gewählt. Danach waren viele Gesichter aussagekräftiger als Worte: Fassungslosigkeit! Jetzt hatte die „unheilige Allianz“ von Opposition und Medien fast wiederkäuend die Geschichte, das Narrativ, „die ÖVP muss weg!“ erzählt und doch folgten die Wähler*innen ihrem eigenen Kopf!

Wie kann es sein, dass in Österreich, dem Land, in dem der „soziale Dialog“ seit Jahrzehnten zur „Sozialpartnerschaft“ geworden ist, das Gesprächsklima derart vergiftet ist? Hier wirkt das Zusammenspiel von derber Sprache im Parlament und das Erzählen von Narrativen, die sich nicht auf Fakten stützen, sondern mit unbewiesenen Beschuldigungen „alternative Fakten“ aufbauen. Zur

Erinnerung: Im 20. Jahrhundert trug das Parteiorgan der Kommunisten in der Sowjetunion den Namen „PRAWDA“, übersetzt: Wahrheit! Doch auch in Österreich wird es immer schwieriger, objektive Berichterstattung zu finden und so wirkt diese „unheilige Allianz“ aus Politik und Medien wie ein schleichendes Gift. Zwei kurze Beispiele: Es ist im ORF üblich geworden, bei Berichten über Minister*innen, die jeweilige Partei zu nennen. Das erscheint harmlos, ist aber falsch. Die „grüne“ Justizministerin wurde ebenso wie der „türkise“ Innenminister vom Bundespräsidenten angepöbeln, sie sind auf die Verfassung vereidigt und Minister*innen der Republik Österreich! Oder ein ORF-Beitrag im „Report“: Hier wird bei einer Nennung der Wirtschafts- und



Andreas Gjecaj
FCG-Generalsekretär

Korruptionsstaatsanwaltschaft erzählt, die von der WKStA betriebene Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorbekämpfung – BVT – sei „umstritten“. Tatsächlich wurde diese Razzia vom Oberlandesgericht Wien nachträglich als „rechtswidrig“ qualifiziert – ein Urteil, das offensichtlich nicht in das Narrativ der „guten“ WKStA passt.

So bleibt zur langen Liste Beschuldigter der WKStA die Frage, wer bis heute ein „fares Verfahren“ bekommen hat? Ein allen Beschuligten zustehendes Menschenrecht, welches in Österreich im Verfassungsrang steht. Und natürlich gilt für alle Politiker*innen und Journalist*innen, die sich angesprochen fühlen, die Unschuldsvermutung! ■

FCG-GPF (Post & Telekom) im Zeichen des Fisches!

MANFRED WIEDNER, (3. VON RECHTS, BEIM BVAEB OKTOBERFEST) hat nach längerer gesundheitsbedingter Abwesenheit nun sein Büro im ÖGB Haus im Cata-maran wieder bezogen. Er steht ab sofort wieder allen Mitgliedern unserer Gewerkschaft der Post und Fernmeldebediensteten unter der Telefonnummer 0664/6241210 zur Verfügung. Nachdem die Christen sich vor mehr als 2000 Jahren nur geheim im Zeichen des Fisches treffen konnten und der Fisch nach wie vor das Zeichen der Christen ist, werden wir Christengewerkschafter*innen unseren Wahlkampf im nächsten Jahr auch im Zeichen des Fisches führen. Wenn Poseidon, der Gott des Meeres, auch ein



griechischer Gott war, werden wir seinen Dreizack als Vorbild nehmen, um unsere Mitbewerber*innen, vor allem aber die Manager*innen bei Post und Telekom so lange damit zu „piksen“, bis unsere Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Recht kommen. Die eine Spitze wird Manfred Wiedner in der Funktion des Gewerkschafts-

Fraktionsvorsitzenden der FCG Post/Telekom sein. Die zweite Spitze Andreas Schieder, der Bundesvorsitzende in der Personalvertretung Post, und die dritte Spitze Ing. Gottfried Kehrer, der Bundesvorsitzende der Personalvertretung in der Telekom. **Und es gibt viel, ja sehr viel zu tun... FCG.GEMEINSAM.BESSER.** ■

FCG Jugend bietet kostenlose LAP-Vorbereitungskurse an

DIE LEHRABSCHLUSSPRÜFUNG IST FÜR LEHRLINGE OFTMALS EINE HERAUSFORDERUNG. Vor allem in kleineren Betrieben fehlt es meist an Vorbereitungsangeboten von Seiten des Arbeitgebers. Die FCG Jugend hat sich dieses Problems angenommen und bietet seit einigen Monaten kostenlose LAP-Vorbereitungskurse an. Egal welcher Lehrberuf oder welcher

Betrieb: Die FCG Jugend hat einen Kurs für dich! Die Kurse sind individuell auf den jeweiligen Lehrberuf und Betrieb abgestimmt und bieten den Lehrlingen die optimale Vorbereitung für ihre LAP. Nach einer ersten Vorbesprechung via Zoom, geht es direkt in die Terminfindung für den LAP-Vorbereitungskurs. Die Kurse werden in den meisten Fällen direkt vor

Ort im Betrieb oder einer Räumlichkeit in der Nähe der Lehrlinge veranstaltet! Nach Abhalten des Kurses werden die Lehrlinge noch in einer WhatsApp Gruppe betreut, falls weitere Fragen zum Stoff der Prüfung anfallen. Du hast Lehrlinge in deinem Betrieb oder bist selbst Lehrling? Dann melde dich bei der FCG Jugend unter jugend@fcg.at ■

FCG-Lehrlingsfrühstück im Bundeskanzleramt

DAS TEAM FCG HAT AM 15.09. ZUM ERSTEN LEHRLINGSFRÜHSTÜCK IM BUNDESKANZLERAMT GELADEN. Als besondere Gäste durften wir neben unseren fleißigen Lehrlingen **Staatssekretärin Claudia Plakolm** und die Bundesvorsitzende der FCG Jugend und Büroleiterin des GÖD-Vorsitzenden, Desislava Fatahi, begrüßen. Bei zahlreichen Gesprächen mit Lehrlingen des Bundeskanzleramtes Österreichs konnte das Team FCG wertvolle Tipps und Ratschläge für den Dienstalltag geben sowie Anregungen und



Anliegen der jungen Kolleginnen und Kollegen aufnehmen. „Als Lehrling ist es nicht immer einfach, sich im Dienstrecht oder in den verschiedenen Richtlinien, Verordnungen und Regeln zurechtzufinden. Es ist einer

unserer Aufträge als Personalvertreter*innen, Abhilfe zu leisten und gemeinsam mit der GÖD – Gewerkschaft Öffentlicher Dienst – als starker Partner zur Seite zu stehen“, so Team FCG Obmann Daniel Soudek. ■

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs | Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at | Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 | Web: www.fcg.at | ZVR-Zahl: 938 560 454 | Chefredaktion: Mag. Denis Strieder | Fotos: Wenn nicht anders angegeben: FCG, beige stellt.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impresum

SOMMERAKADEMIE der FCG-Frauen



AM 02.06.2022 DURFTE ICH IM ZUGE DER FCG-LANDESFRAUENKONFERENZ den Vorsitz der FCG-Frauen in der Steiermark übernehmen und damit in die großen Fußstapfen unserer lieben Barbara Hollomey treten. Die Übergabe war wie gewohnt vorbildlich organisiert und weil gewisse Dinge natürlich einer längeren Planung und Vorlaufzeit bedürfen, waren die wichtigsten Vorbereitungen für unsere Sommerakademie bereits frühzeitig von Barbara arrangiert worden. Mein Auftrag war es nun vor Ort die Organisation und Durchführung zu übernehmen, darauf zu achten, dass alles entsprechend für uns vorbereitet ist und uns gut durch diese zwei Tage zu führen.

Die alljährliche Sommerakademie der FCG-Frauen wurde bereits vor einigen Jahren von Barbara Hollomey ins Leben gerufen – sie hat also durchaus schon Tradition – und wird immer wieder gerne und zahlreich besucht. Die Inhalte der Akademie erstrecken sich über gewerkschaftliche Themen bis hin zu Persönlichkeitsbildung und -kompetenz, Rhetorik, Kommunikation, Politik und vielem mehr. Auch heuer hatten wir wieder eine großartige Referentin, die uns gut durch diese zwei Tage geleitet hat. Dr.ⁱⁿ Karin Petter-Trausnitz, MSc (Expertin für Sozialethik und Referentin für Bildung und Schulung in der FCG) arbeitete heuer intensiv mit uns an unserem

„Rollenverständnis“. Eine sehr komplexe und vielfältige Thematik insbesondere, weil jede(r) von uns im Lebensalltag so viele verschiedene Rollen ausfüllt und es daher oftmals sehr schwierig sein kann, die jeweils passende Rolle zu finden und einzunehmen. Wir durften Techniken kennenlernen, die uns helfen sollen, die eigenen Rollen bewusst zu gestalten und haben gelernt, wie wir diese selbstreflexiv und selbstsicher leben können. Mit Hilfe der 3-Welten-Theorie (Dr. Bernd Schmid) konnten wir uns einen guten Überblick über unsere Rollen verschaffen. Ein großer Dank gebührt dabei unserer lieben Referentin, die uns sehr spannende und interessante Zugänge zu diesem umfassenden Thema eröffnet und mit uns erarbeitet hat.

Abgerundet hat unseren ersten Tag das überaus spannende Kamingsgespräch mit



unserem FCG-Generalsekretär Andreas Gjecaj. Er berichtete beeindruckend von seinen Zugängen und jüngsten Erfahrungswerten zum Thema „Gedanken und Überlegungen für eine moderne Gewerkschaft“ und regte damit zu sehr interessanten Dialogen an. Ein perfekter Abschluss für einen perfekten Tag – vielen Dank an unseren Generalsekretär, der es immer wieder schafft, uns mit den vielseitigsten Themen zum Nachdenken und Gedankenaustausch zu animieren.

„Last, but not least“ durfte ich im Namen der FCG-Steiermark unserer Barbara Hollomey für ihr jahrelanges Wirken als FCG-Landesfrauenvorsitzende ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen und ein kleines Zeichen der Anerkennung übergeben. Auch in diesem Rahmen sei ihr nochmals von Herzen gedankt – für alles, was sie für uns geleistet hat und dafür, dass sie auch weiterhin als Stütze im Landesvorstand fungieren wird.

Die Sommerakademie der FCG-Frauen war wieder einmal ein voller Erfolg und glänzte mit ihren vielseitigen, überaus motivierten und tollen Teilnehmerinnen. Danke für den regen Austausch, eure Mitarbeit und eure Unterstützung in allen Belangen – ihr seid einfach großartig! ■

Sarika Duller
Landesfrauenvorsitzende

GENERATIONENTAGE der FCG-Steiermark

Diskussionsforum der „Älteren und Jungen“ am 7. und 8. September 2022 für nationale und globale Zukunftsfragen, die unser Leben bestimmen.

Waren im Vorjahr die Themen „Covid-19, Pandemie und Migration“ im Zentrum, bestimmen jetzt vor allem die Überlebensstrategien der Menschen die Diskussionen.

Noch nie waren in der jüngeren Geschichte so viele Bedrohungen gleichzeitig. Diese Schwerpunkte präsentierte **Erich Amerer** – Vorsitzender der Landes-pensionisten und -pensionisten – in seiner Einleitungsanalyse und kritisierte auch die schwindende Solidarität, dabei insbesondere die Opposition, die durch ihre unfairen Attacken das Klima belastet.

Neben der nach wie vor grassierenden Pandemie, der Klimaveränderungen, der Migration, des Krieges in der Ukraine, der galoppierenden Inflation und den Energieproblemen ist es vor allem die Teuerungswelle, die die Menschen belastet.

Mit der Referentin aus dem Parlament, NRBg. Mag.^a **Romana Deckenbacher**, wurden die vorgenannten Probleme, aber auch der Bereich der Pflege älterer Menschen, im Detail besprochen. Auf Grund der Aktualität – in den nächsten Tagen fanden die Verhandlungen über die Pensionserhöhung statt – präsentierte das



Kämpferisch für die Arbeitnehmer*innen, unterstützt von den Aktivist*innen der Generationen – Erich Amerer, Romana Deckenbacher, Marcel Mikysek und Denis Strieder

Präsidiumsmitglied der Bundes FCG das Förderungsprogramm auf Basis der Kostensteigerungen mit dem Schwerpunkt der finanziellen Entlastungen.

Ein neues Bedrohungsszenarium betrifft die Energieversorgung, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die reduzierten Gaslieferungen. In diesem Zusammenhang wurde von den Medien behauptet, dass auch die Elektrizitätsversorgung gefährdet ist, mit einem totalen Strom-Blackout europaweit. Die Menschen werden aufgefordert, Krisenvorsorge zu treffen. Um die Realität zu erfahren, gab es Information aus erster Hand durch den Verbund-Geschäftsführer Ing.



Andreas Gjecaj: Arbeitswelt NEU – ÖGB gefordert

Mag. **Michael Amerer**. Anhand belegter Fakten über die Situation der Erzeugung, insbesondere in Österreich, mit besten Informationen wie Schaubilder und Videos, konnten die Anwesenden für ihre eigene Situation Entscheidungen finden. Wichtig bei der Anschaffung von Notstromaggregaten ist die fachliche Beratung auch über die Netztrennungsmaßnahmen.

Unser Abgeordneter im Bundesrat, Oberarzt Dr.med. **Karlheinz Kornhäusl**, informierte über den derzeitigen Stand der Situation im Allgemeinen im Lande und im Besonderen in den Spitälern. Wenn nicht neue Virenarten auftauchen, scheint die Situation beherrschbar. Entscheidend ist aber auch die Vorsicht jedes Einzelnen. Der Regierung ist für ihre Initiativen zu danken die bewirken, dass die Wirtschaft trotz aller Probleme erfolgreich agieren kann und die Arbeitsplätze und die Versorgung der Bevölkerung gesichert sind. Die Folgeschäden der Pandemie waren ein eigenes Thema.

Für die Ausrichtung unserer Fraktionsarbeit und der Umsetzung unserer Ziele referierten unsere Vorsitzenden KR Ing. **Peter Amreich** und LEV **Franz Gosch**. Erfreulich ist die Zunahme an Mitgliedern und Betriebsrät*innen und der Einfluss der FCG im ÖGB auf die Arbeitnehmer-Politik. Im Detail wurde über die laufenden KV-Verhandlungen diskutiert, mit der Forderung auf Abgeltung der Inflation und Lohn- und Gehaltserhöhungen darüber hinaus. Interessant war auch die Präsentation der Entwicklung der



Alexander Jansa: Jugend mit klaren Zielen



Karlheinz Kornhäusl: Selbstdisziplin gegen die Pandemie



Michael Amerer: „Lebensenergie Strom“ – Risiko Blackout?



Arbeitswelt. Sorgen bereiten auch die Veränderungen der Arbeitswelt mit den negativen Entwicklungen des Arbeitsrechts. GS **Alexander Jansa** und LJV **Marcel Mikysek** präsentierten ihre erfolgreiche Jugendarbeit, verbunden mit den Mitglieder-Werbeaktionen.

Zwei Tage intensive Diskussionen mit klaren Zielen wurden von GS **Andreas Gjecaj**

zusammengefasst und beim Bundespräsidium der FCG deponiert. Für die gute Organisation waren wieder LS KR **René Heinrich** und Ass. **Christina Economou-Klug** zuständig.

Damit sich die Jungen und Alten auch gesellig „näher“ kommen, gibt es immer einen speziellen Grillabend mit fröhlichen Geschichten. ■



Steirische FCG Post Personalvertreter*innentagung

FCG LANDESVORSITZENDER CHRISTIAN HÖLLERBAUER hat zu einer Arbeitstagung der steirischen FCG Personalvertreter*innen gerufen, die Ende August 2022 stattgefunden hat. Aus allen VPA Bereichen der Steiermark sind Funktionär*innen gekommen, um über weitere Vorgehensweisen zu unterschiedlichen Themen der Österreichischen Post AG zu diskutieren. Vom Zentralausschuss wurden Vorsitzender **Andreas Schieder**, **Maria Klima** und **Andreas Soretz** geladen, die aktuelles vom Zentralausschuss berichteten und neue Wege aufzeigten, um die Kolleginnen und Kollegen in Zukunft bestmöglich zu vertreten.

Eine besondere Freude war es den Teilnehmer*innen, **Manfred Wiedner** von der FCG/GPF, dem es nach einer schweren Krankheit wieder besser geht, herzlich begrüßen zu dürfen.

Themen wie „Sonderbelohnung jetzt“ für die Kolleg*innen im operativen Bereich, die Initiative „Belastung runter“ sowie die Durchsetzung der Schwerarbeiterregelung in der Verbundzustellung waren wesentliche Themen. Es wurden Strategien zur Verbesserung der Situation in allen Bereichen vom Filialnetz über Logistik und Transport bis zu Paketzustellung und Distribution ausgearbeitet – sie sind unser höchstes Ziel.

In der zweiten Hälfte der Tagung konnten die steirischen Spitzenfunktionär:innen keinen geringeren als FCG Jugend Generalsekretär **Alexander Jansa** willkommen heißen, der sich seit längerer Zeit dem Thema Social Media widmet. Anhand der ausgezeichneten Präsentationen hat uns **Alexander Jansa** in die Materie eingeführt. Mit Begeisterung konnten wir viele Tipps und Tricks sammeln und mitnehmen, die wir nun beherzigen können. Somit haben die steirischen Kolleg*innen einen sehr guten Kontakt bekommen, der uns in Zukunft in vielen wichtigen Bereichen der Digitalisierung zur Seite stehen wird. ■



Wechsel an der GÖD Landesspitze bei den Pflichtschullehrer*innen

ALS FCG-LANDESVORSITZENDER-STV. IST ES MIR EINE EHRE, dass ich jetzt als neuer Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) die Landesleitung 10 der Pflichtschullehrer*innen der Steiermark übernommen habe. Nach 18-jähriger Schulleitertätigkeit an der VS Flöcking in der Gemeinde Ludersdorf-Wilfersdorf und als Vorsitzender des Dienststellenausschusses des Bezirkes Weiz, wurde ich für meine neue Arbeit als Personalvertreter freigestellt. An Herausforderungen und Problemfeldern mangelt es derzeit nicht, wie wir alle wissen, mit Corona, dem Krieg in der Ukraine, den steigenden Energiepreisen und der allgemeinen Teuerungswelle. Das sind Themen, die die gesamte Gesellschaft betreffen und auch Auswirkungen im schulischen Bereich mit sich bringen. Da braucht es ein gutes Verhandlungsgeschick für unsere Pflichtschullehrer*innen in der Steiermark. Als jahrelanger Regionalvorsitzender der

FCG in der Oststeiermark und als GÖD-Vorsitzender des Bezirkes Weiz bin ich es gewohnt, solche Aufgaben für die Arbeitnehmer*innen wahrzunehmen. Mit der Übernahme des Landesvorsitzenden der Pflichtschullehrer*innen in der GÖD-Steiermark hat man noch mehr Verantwortung, die ich gerne mit meinem Team wahrnehmen werde. Zu den bereits angeführten Herausforderungen sind wir vor allem mit dem Personalmangel und dem damit einhergehenden Lehrer*innen-Image, einem Entlastungspaket für die Lehrer*innen und Schulleiter*innen, den Gehaltsverhandlungen beschäftigt. Dazu kommen noch die Dienstrechtlichen Beratungen und Verhandlungen für die Kolleg*innen – es wird mir die Arbeit als neuer Landesvorsitzender



Michael Gruber
FCG-Stmk-Landesvors.-Stv.

nicht ausgehen. Meine Heimatstadt ist Fürstenfeld, dort wurde ich geboren und lebe mit meiner Frau und unserer Hündin in der Thermenhauptstadt. Unsere Tochter ist gelernte Diplomkrankenschwester und studiert derzeit Molekularbiologie in Graz. Ehrenamtlich bin ich schon seit vielen Jahren Bezirksstellenleiter des Roten Kreuzes Fürstenfeld und als Diakon von Fürstenfeld und dem Seelsorgeraum Thermenland sowie als Verbindungsseelsorger bei den Eppensteinern in der röm.-kath. Kirche tätig. Ich möchte mich bei meinem Vorgänger Josef Pilko für seine Arbeit als Vorsitzender der Landesleitung 10 herzlich bedanken! Ich bin sehr froh darüber, dass er uns als Vorsitzender der gesamten GÖD Steiermark erhalten bleibt und uns somit weiterhin unterstützen kann. ■



#deineStimme

gegen Mietwucher

Die Arbeiterkammer ist deine Anlaufstelle gegen zu hohe Mietverträge.

 [AK.AT/DEINESTIMME](https://www.ak.at/deinestimme)

Aus für die kalte Progression

FCG-WIEN BEGRÜSST ENTSCHEIDUNG: „DIE BUNDEREGIERUNG HAT DEN POLITISCHEN EIERTANZ UM DIE HEILIGE STEUERKUH NUN ENDLICH BEEENDET!“

Die Abschaffung der kalten Progression ist ein Erfolg für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für jene, die diese schleichende Steuererhöhung seit vielen Jahren mutig bekämpfen, so wie die FCG-Fraktion in der Arbeiterkammer Wien. „Wenn unsere Anträge in der Vollversammlung schon früher das Gehör der Mehrheit gefunden hätten, dann wäre der Paradigmenwechsel für die Arbeitnehmerschaft schon längst passiert. Übrigens schon lange bevor es das sozialpolitische Erwachen der NEOS in dieser so wichtigen Causa gab. Die ersten FCG-Anträge stammen aus einer Zeit, in der es die NEOS noch gar nicht gab“, so FCG

GPA Landesvorsitzender Peter Gattinger.

Scheinheilige Kritik

„Dass die Entscheidung der Bundesregierung nun von den Sozialdemokraten kritisiert wird, ist an Ignoranz nicht zu überbieten. Unter den roten Finanzministern von Androsch bis Edlinger hätten die Sozialdemokraten genügend Zeit gehabt, die unfaire Steuerschraube zu eliminieren. Sie taten dies aber nicht, weil die sprudelnde Geldquelle damals für Gratis-Schulbücher, unnötige Heiratsbeihilfen und politische Geldgeschenke an parteinahe Organisationen dringend gebraucht wurde“, kritisieren Fritz Pörtl, der FCG-ÖAAB-Vorsitzende in



Thomas Rasch
FCG-Wien-Landesvorsitzender

der AK-Wien und der Wiener FCG Vorsitzende Thomas Rasch.

Unendliche Geschichte

Um die kalte Progression rankt sich in Österreich eine schier unendliche Geschichte voller Versprechungen und Wortbrüche. In kaum einem Wahlgang auf Bundesebene fehlte die Verheißung, dass die künftige Regierung der kalten Progression den Garaus machen würde. Immer geriet das Versprechen nach erfolgter Wahl in Vergessenheit, denn Finanzminister liebten die kalte Progression. Fritz Pörtl: „Die jetzige Bundesregierung hat diesen politischen Eiertanz um die heilige Steuerkuh nun endlich beendet!“ ■

Preisdeckel auch für Non-Profit-Organisationen

FRITZ PÖRTL: „WEITERE MASSNAHMEN ETWA AUCH FÜR CARITAS UND HILFSWERK NOTWENDIG!“

„Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Strompreisdeckel wird der Bevölkerung endlich wirksam unter die Arme gegriffen und die Steigerung der Stromkosten auf ein erträgliches Maß gedämpft“, lobt Fritz Pörtl, der FCG-ÖAAB Fraktionsvorsitzende der Wiener Arbeiterkammer die jüngst verkündete Maßnahme. Konkret werde der Strompreis bis zu einem Verbrauch von 2.900 Kilowattstunden bis Mitte 2024 vom Bund bis auf netto 10 Cent pro Kilowattstunde reduziert. Pörtl: „Das sichert den Haushalten jedenfalls ihre Existenz, auch wenn da unbedingt noch weitere Maßnahmen bei anderen Energieträgern und bei Organisationen wie Caritas und Hilfswerk folgen müssen!“



Foto: © AdobeStock – blueedesign

Non-Profit, aber hohe Kosten

Eine der noch ausstehenden Maßnahmen müsse jedenfalls auch die Non-Profit-Organisationen umfassen. Denn nicht nur Haushalte, auch die Caritas und das Hilfswerk würden unter der drastischen Erhöhung der Energiekosten leiden. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Fördergeber diese Mehrkosten allein tragen werden. Firmen mit hohem Energieverbrauch und auch KMU's sollen ja vom Staat

unterstützt werden. AK-Kammerrätin Esther Perzl fragt sich in diesem Zusammenhang: „Wo bleibt die Unterstützung des Staates für die Non-Profit-Organisationen und damit für die in Pflegewohnhäusern, Behindertenheimen und Obdachlosen-unterkünften wohnenden Menschen? Fraktionsvorsitzende Fritz Pörtl: „Da ist noch einiges zu tun. Wir werden aber dafür sorgen, dass die betroffenen Menschen bei den Unterstützungsmaßnahmen jedenfalls nicht vergessen werden!“ ■

Tourismuszonen in Wien? „Nein danke!“

FRITZ PÖTL: „TOURISMUSZONEN SIND BEI 10 PROZENT INFLATIONSRATE KEINE LÖSUNG. DESHALB BLEIBT FÜR UNS DER SONNTAG WEITER HEILIG!“

„Wenn angesichts einer Inflationsrate von 9,5 Prozent und 92 Prozent Preissteigerungen bei Fernwärme drohen, dann kann die Forderung von Vertreter*innen der Wirtschaftsflügel diverser Parteien zur Einführung von Tourismuszonen und Sonntagsöffnung im Handel in Wien nur ein fatales Ablenkungsmanöver von den tatsächlichen Problemen der Österreicherinnen und Österreicher darstellen“, meint der FCG-ÖAAB Fraktionsvorsitzende in der AK-Wien zur einmal mehr gestellten Forderung. „Wenn diese Vertreter*innen immer noch nicht kapiert haben, dass die Leute mit weniger Einkommen nicht einmal mehr unter der Woche die Kassen zum Klingeln bringen können, wie soll das dann am Sonntag oder in Tourismuszonen der Stadt der Fall sein“, so Pötl.

Vergesslich

„Eine solche Forderung wird um keinen Deut besser, auch wenn man sie noch so oft wiederholt“, so reagiert FCG GPA Landesvorsitzender Peter Gattinger auf die neuerliche Wortmeldung des Wirtschaftsflügels mehrerer Parteien: „Den Tourist*innen bleiben in Wien Gelegenheiten genug, ihr Geld



Foto: © AdobeStock – Tylfonov

anzubringen!“ Alle bisherigen Untersuchungen hätten nämlich gezeigt, dass durch die Sonntagsöffnung weder mehr Arbeitsplätze, noch wesentlich höhere Steuereinnahmen zu erzielen wären.“ Die völlig unzeitgemäße Forderung zu wiederholen, zeigt auch nicht von viel Verständnis für richtiges Wirtschaften. Der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch assistiert: „Wenn die Menschen kein Geld mehr haben, warum sollen sie dann am Sonntag einkaufen gehen!“

Irrige Annahme

„Wegen der Tourist*innen“, ist die irri- ge Annahme der Lobbyisten für Tourismuszonen. Die Gäste kommen seit Jahren auch ohne Sonntagöffnung nach Wien, vielleicht sogar deshalb“, wie aus einer aktuellen Befragung von Wien-Tourismus hervorgeht: 51 Prozent würden sich sogar weniger Souvenir-Geschäfte und weniger

Straßenverkäufer*innen wünschen. Mehrheitlich werde Sonntagsarbeit sowohl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, als auch von Unternehmer*innen im Handel abgelehnt, wie die Initiative „Für einen freien Sonntag“ eindrucksvoll unter Beweis stelle. Fritz Pötl: „Die Gemeinderät*innen, egal welcher Fraktion, sollten nicht vergessen, dass sie von den Wienerinnen und Wienern und nicht von den Tourist*innen gewählt werden.“ Es sei für die christlichen Gewerkschafter*innen einfach nicht nachzuvollziehen, dass man die monetären Interessen internationaler Konzerne den berechtigten Ruhe- und Freizeitbedürfnissen der Wiener Familien vorziehe. Da die Tourist*innen im Schnitt ohnehin drei Tage bleiben, würden genügend Möglichkeiten geboten, in Wien auch ohne Sonntagöffnung einzukaufen. Pötl: **„Deshalb bleibt für uns der Sonntag auch weiter heilig!“** ■

Stadt soll Parkpickerl endlich überdenken!

FRITZ PÖTL: „JETZT KOMMT AUCH DER DRUCK DER 2,3 MILLIONEN ÖAMTC-MITGLIEDER AUF DIE STADT ZU.“

Jetzt hat sich auch der ÖAMTC mit seinen rund 2,3 Millionen Mitgliedern der Kritik von FCG-ÖAAB-Fraktionsobmann Fritz Pötl angeschlossen. Pötl hatte dem SP-Finanzstadtrat Peter Hanke vorgeworfen, mit der angekündigten Erhöhung der

Gebühr für Parkscheine „Preistreiberei“ zu betreiben. Ein Parkschein soll ab 1. Jänner 2023 nämlich für eine Stunde 2,50 Euro statt 2,20 Euro kosten. Also um fast 15 Prozent mehr und damit wesentlich mehr, als die Inflation ausmachen würde. Das von SPÖ und Grünen seinerzeit beschlossene Valorisierungsgesetz sieht dies zwar grundsätzlich vor, nicht jedoch in einer derartigen Höhe. Fritz Pötl: „Jetzt werden

die Autofahrerinnen und Autofahrer zusätzlich zu den höheren Spritpreise auch noch beim Parken geschöpft!“

Erhöhung ohne Kosten

Und der ÖAMTC verstärkt nun die Kritik. „Die von der Stadt Wien angekündigte Parkgebührenerhöhung trifft viele Menschen zum völlig falschen Zeitpunkt. Die

Fernwärme-Preisanschlag von 92 Prozent ist nicht vertretbar!

FRITZ PÖTL: „ES IST ZEIT, DASS DIE PARITÄTISCHE KOMMISSION DEN MENSCHEN WIEDER SPÜRBAR UNTER DIE ARME GREIFT!“

„Dass dem Fernwärme-Preis Antrag von WienEnergie ohne Abstriche von der rot-pinken Rathauskoalition und einer sogenannten Wiener Preiskommission stattgegeben wurde, ist angesichts der aktuellen Inflationsrate ein fürchterlicher Anschlag auf die Geldbörsen der Menschen in Wien“, meint Fritz Pötl, Vorsitzender der FCG-ÖAAB-Fraktion in der Arbeiterkammer Wien. Dies bedeute nämlich eine Erhöhung des Fernwärmepreises um satte 92 Prozent. Und das, obwohl mehr als die Hälfte der Wiener Fernwärme aus den Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, den Müllverbrennungen, aus industrieller Abwärme, aus Biomasse sowie der Erd- und Umgebungswärme stammen. Fritz Pötl: „Diese sind allesamt nämlich nicht teurer geworden, werden aber dennoch nach dem Ölpreis zum Nachteil der Kundinnen und Kunden hochgerechnet.“

Pro forma Preiskommission?

In der sogenannten Wiener Preiskommission sitzen zwar Vertreter*innen der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer, sie haben

aber bei der Fernwärme nur ein Anhörungsrecht. Pötl: „Da wedelt im Rathaus offenbar der Schwanz mit dem Hund!“ Erfahren haben die Wienerinnen und Wiener vom Fernwärme-Preisanschlag von Finanzstadtrat Peter Hanke in einer TV-Plauderei im „Wien heute“-Studio. Hanke kommt von der SPÖ, also von jener Partei, die auf Bundesebene vehement gegen die Teuerungen kämpft und einen Preisdeckel bei Energie fordert. Pötl: „Und schon wieder wedelt der Schwanz mit dem Hund!“ Hanke teilte in dem Gespräch auch noch fälschlich mit, dass der Preis Antrag geprüft und für in Ordnung befunden worden sei. Fritz Pötl: „Mit einem Anhörungsrecht kann der Antrag doch nicht als in Ordnung befunden werden.“

Wien bittet vierfach zur Kasse

Aber nicht nur das. Auch die Müllgebühr wird in Kürze automatisch nach dem umstrittenen Valorisierungsgesetz des Rathauses erhöht, wie Hanke mitteilte. „Das heißt, dass die Menschen in Wien auch beim selbstproduzierten Fernwärmeanteil aus Mist nun doppelt zur Kasse gebeten werden“, kritisiert Pötl. Dass auch die Gebühren für Wasser, Abwasser und für Kurzparken erhöht werden, kommt als Sahnehäubchen der rathäuslichen Unverfrorenheit hier noch hinzu.

Valorisierung der Parkgebühren ist aber auch generell fragwürdig. Der Stadt entstehen durch das Parken ohnehin kaum Kosten, zumal die Einnahmen nicht einmal mehr zur Schaffung von Parkraum verwendet werden“, kritisiert ÖAMTC-Verkehrsexperte Matthias Nagler.

Der 22 Uhr-Unsinn

Dazu kommen auch noch die

Mehrbelastungen, welche die Wienerinnen und Wiener wegen der jüngsten räumlichen Ausweitung der Kurzparkzone bis an die Stadtgrenze und wegen der zeitlichen Ausweitung bis 22 Uhr hinnehmen müssen. Dies bringe der Stadt ohnehin zusätzliche Einnahmen in Millionenhöhe, meint man beim ÖAMTC. Und Pötl ergänzt: „Und das, obwohl in vielen Stadtgebieten eine Überparkung von 19 bis 22 Uhr gar nicht vorliegt. Dies wäre



Foto: © AdobeStock – Wolfgang

Paritätische Kommission muss wieder arbeiten

Angesichts der Vielzahl von völlig unverständlichen Preiserhöhungen verlangt Fritz Pötl die sofortige Wiedereinsetzung der Paritätischen Kommission. In ihr sind alle Sozialpartner gleichberechtigt vertreten. Speziell im Bereich der Preise wurden aber seit 1994 keine Regelungen mehr getroffen. Seit 1998 ist die Paritätische Kommission nicht einmal mehr zusammengetreten. Fritz Pötl: „Es ist Zeit, dass hier wieder Nägel mit Köpfen gemacht werden, und die Paritätische Kommission den Menschen in dieser existenzgefährdenden Situation wieder spürbar unter die Arme greift! Damit der Hund wieder mit dem Schwanz wedelt. Und nicht umgekehrt!“ ■

aber gesetzlich sogar notwendig, um eine Kurzparkzone verordnen zu können!“

Erhöhung aussetzen

„Die Stadt könnte die geplante Erhöhung also im Sinne der Bevölkerung einfach aussetzen“, meinen Fritz Pötl und der ÖAMTC unisono. Und sie teilen damit wohl auch die Meinung der meisten Wiener Wähler*innen und Autofahrer*innen. ■

Bargeld muss erhalten bleiben

FRITZ PÖTL: „VERSTECKTE KOSTEN BEI DEN DIGITALEN ZAHLUNGSMITTELN SOLLEN ENDLICH EHRlich AUFGZEIGT WERDEN!“ Der Jubel der Banken über die rasant ansteigende Verwendung von digitalen Zahlungsmitteln ist alles andere als angebracht, meint Fritz Pötl, der FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzende in der Wiener Arbeiterkammer. Wie eine aktuelle Untersuchung zeigt, sind – allerdings pandemiebedingt – Zahlungen der Konsument*innen mit Kredit- und Bankomatkarten sowie mit dafür eingerichteten Smartphones rasch gestiegen und liegen derzeit bei 39 Prozent, knapp die Hälfte der Österreicher*innen zahlt aber immer noch ausschließlich mit Bargeld. Und das hat seinen Grund, meint Pötl: „Die Verwendung von Karten verleitet nämlich zu höheren und risikoreicheren Ausgaben, während das Geldbörsel ja ein natürliches Limit hat, was vor allem ältere Menschen sehr zu schätzen wissen.“

Versteckte digitale Kosten

Besonders heimtückisch sind auch noch die versteckten Kosten, die in den digitalen

Zahlvorgängen stecken. Anfangen vom stolzen Preis der Bankomatkarte, welcher meist vierteljährlich mit 5,40 Euro vom Konto abgebucht wird, bis hin zu den einzelnen Buchungszeilen dafür. Dass Kreditkarten gratis sind, ist leider auch ein fürchterlicher Irrglaube. Meist klingelt

es nämlich schon nach wenigen Wochen oder Monaten in den Kassen von MasterCard oder American Express. Da sind dann plötzlich monatlich zwischen 5,50 bis 16 Euro zu berappen. Und die mit Kreditkarte gekaufte Ware ist auch noch empfindlich teurer, wegen des Kreditkarten-Disagio. Das ist jene Gebühr, die der Händler bzw. die Händlerin für den Einsatz einer Kreditkarte an seine Bank bezahlen muss. Dafür wird von der Bank meist das Kartenlesegerät zur Verfügung gestellt. Die Gebühr dafür ist aber natürlich auch im Preis der gekauften Ware enthalten. Die Höhe des Disagio beträgt je nach Vereinbarung bei großen Handelsunternehmen zwischen 0,6% und 1%, welche sich natürlich



Fritz Pötl
FCG-Wien-Landesgeschäftsführer

ebenso im Preis niederschlagen. Bei kleineren Unternehmen und Boutiquen beträgt das Disagio oft auch ein Vielfaches. „Früher hatte man deshalb bei Bargeldzahlungen im Geschäft sogar 3 Prozent Rabatt geboten bekommen“, erinnert sich Pötl.

Enormes Sparpotenzial

Und gar nicht zu vernachlässigen ist dann auch noch die Buchungszeile auf dem gedruckten Kontoblatt. Wenn Hofer oder Billa für den Besuch danken, dann werden für jede Zeile von der Bank 0,55 verlangt. „Somit kosten schon fünf tägliche Buchungen, ob im Lebensmittelhandel, in der Apotheke oder an der Tankstelle, Monat für Monat noch einmal rund 75 Euro! Das kann einem jedenfalls beim Bargeld nicht passieren“, meint Fritz Pötl und weist damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Pensionistinnen und Pensionisten auf das enorme Sparpotential beim Bargeld hin. ■

Wiener Gebühren treiben Inflation in die Höhe

FRITZ PÖTL: „HALTET DEN DIEB! – DAS IST UNGEHEUERLICH UND UNFAIR“

Nach dem unlauteren Motto „Haltet den Dieb!“ handelt derzeit der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, wie Fritz Pötl, FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzender in der AK-Wien, feststellt. Einerseits fordere Ludwig die Bundesregierung auf, rasch Maßnahmen gegen die hohe Inflationsrate zur wirksamen Entlastung der Bevölkerung zu setzen, andererseits lasse er mit der Ankündigung weiterer Gebührenerhöhungen die Preisspirale weiter in die Höhe schnellen: „Ich empfinde das als ungeheuerlich und unfair, sowie für die Wiener

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer extrem belastend.“

Inflation hausgemacht

Während die Wienerinnen und Wiener auf die nächste Gehalts- oder Pensionserhöhung noch monatelang warten müssen, feiert die Rathausfinanz schon ein Gebühren-Festerl nach dem anderen. So werden Wasser, Kanalgeld, Müllabfuhr und Kurzparken schon in Kürze um die Inflationsrate (derzeit 7,6 Prozent) teurer. Vom Gaspreis ganz zu schweigen. Der hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit nunmehr 16,6 Cent/kWh mehr als verdoppelt. Und das, obwohl Wien-Energie

schon im Vorjahr mit 8 Cent einen der höchsten Abgabepreise verrechnet hat.

Erklärungsnotstand

Dass Wien-Energie zu 100 Prozent der Stadt Wien gehört, komme noch hinzu, wie der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch assistiert: „Da wird der Bürgermeister mit seiner Forderung an den Bund bei den Wählerinnen und Wählern wohl bald in Erklärungsnotstand kommen. Sogar der Rathaus-Koalitionspartner NEOS distanziert sich nämlich bereits von den Gebührenplänen Ludwigs. Die NEOS werden aber letztlich wieder einmal umfallen!“ ■

Die FCG Bau-Holz NÖ stellt sich vor

DIE GEWERKSCHAFT BAU-HOLZ VERTRITT 25 BETRIEBS- UND BERUFSBRANCHEN. Darunter zählen zum Beispiel die gesamte Bauindustrie, die Holz verarbeitende Industrie oder das Rauchfangkehrergewerbe.

Obwohl die Fraktion nur über eine kleine Anzahl an Betriebsratsmandaten verfügt, wird die FCB Bau-Holz in der Fachgewerkschaft durch die Mitarbeit und die konstruktiven Diskussionsbeiträge sehr geschätzt.



Richard DRAGOSITS
Landesvorsitzender

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten liegen bei den Kollektivvertragsverhandlungen und den Themen aus dem Bereich der Kollektivverträge, insbesondere einem Mindestlohn und diversen Schutzvorschriften sowie dem Urlaubsanspruch. So erhalten beispielsweise nur in der Baubranche Arbeitnehmer*innen automatisch nach 20 Jahren eine 6. Urlaubswoche und einen Zuschuss. Vor kurzem konnten durch die BUAG-Novelle weitere

Verbesserungen für die Beschäftigten aus der Baubranche erzielt werden.

Die Novelle hat die gesetzliche Grundlage für eine Service-Karte für aktive bzw. nicht in Beschäftigung stehende Bauarbeiter, die Ansprüche gegenüber der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) haben (und die über keine Bau-Identitätskarte verfügen), geschaffen. Damit werden Identitätsfeststellungen bei Baustellenkontrollen erleichtert – ein Meilenstein gegen Lohn- und Sozialdumping.

So ist es möglich, die Vorteile der Digitalisierung für BUAG-Beschäftigte zu nützen.

Die Novelle enthält aber noch weitere wichtige Punkte:

- Die Auszahlung einer Ersatzleistung für Bauarbeiter, die nach dem 58. Lebensjahr arbeitsunfähig geworden sind.
- Die zu Beginn der Corona-Pandemie

eingeführte Regelung, die es arbeitslosen Bauarbeitern bis Ende September 2020 ermöglicht hat, eine vorzeitige Auszahlung von Ansprüchen aus der „Abfertigung Alt“ zu beantragen, wird ins Dauerrecht übergeführt.

- Bürokratische Vereinfachungen bei der Auszahlung von Urlaubsentgelt sowie beim Datenaustausch zwischen der BUAK und dem AMS wurden ebenfalls beschlossen.

In den vergangenen Monaten hat sich die FCG Bau-Holz mit Maßnahmen gegen die Rekordinflation und in diesem Zusammenhang mit den Preissteigerungen am Bau sowie mit dem Klimaschutz auseinandergesetzt.

Die Präsidiumsmitglieder

Das Team setzt sich wie folgt zusammen:

Landesvorsitzender: Richard DRAGOSITS

Weitere Präsidiumsmitglieder: Norbert LINSBAUER, Karl SCHÜTZENHOFER, Rudolf RIESENHUBER, Werner TRAXLER-WEIDENAUER, Josef STRAUSS, Stefan SCHÜTZENHOFER ■

Klausur des NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorstandes

AM 1. UND 02. SEPTEMBER 2022 fand die Klausur des NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorstandes in Thallern bei

Gumpoldskirchen statt. Dabei wurden viele aktuelle Themen mit Landesobfrau Christiane Teschl-Hofmeister diskutiert

und zukünftige Anträge im Sinne der Arbeitnehmer*innen behandelt. ■



Auch Landesrätin und NÖAAB-Landesobfrau Christiane Teschl-Hofmeister so wie NÖAAB-Landesgeschäftsführer Simon Schmidt nahmen an der Klausur teil.



NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorsitzender Harald Sterle und AK NÖ Vizepräsident Josef Hager mit den Mitgliedern des NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorstandes

Nö Frauenlauf 2022 – GÖD NÖ Frauen stark vertreten

ERSTMALIG WURDE BEIM NÖ FRAUENLAUF EINE EIGENE GÖD-FRAUENGRUPPE zusammengestellt, bei der auch zahlreiche FCG Mitglieder und Funktionärinnen teilnahmen. Im Vordergrund stand die gemeinsame Freude an Bewegung und die Aktion „Laufen gegen Krebs“ zu unterstützen.

Auch Landesrätin **Christiane Teschl-Hofmeister** nahm an diesem Lauf teil und besuchte den beliebten GÖD-Stand.

Durch die große Teilnehmerinnenanzahl von insgesamt 223 Kolleginnen konnten die GÖD-Frauen bei der Gruppenwertung den sensationellen ersten Platz einfahren. **GÖD Landesvorsitzender Matthias Deiser** und **GÖD Landessekretär KR Harald Sterle** gratulierten herzlich zu diesem Erfolg. ■



Die Teilnehmerinnen der GÖD-Frauen-Gruppe freuten sich über den ersten Platz bei der Gruppenwertung.



v.l.n.r.: LV-Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft Mag.^a Eva Teimel, GÖD NÖ Frauenvorsitzende Doris Fidi, Landesrätin Mag.^a Christiane Teschl-Hofmeister, LV-Vorsitzende der LandwirtschaftslehrerInnen Dipl.-Päd.ⁱⁿ Mag.^a Regina Pribitzer, LV-Vorsitzende der BMHS-Gewerkschaft MMag.^a Erika Zeh, Vorsitzende der NÖ Landeslehrer Claudia Andre M.Ed.

Über 260.000 Anmeldungen für blau-gelben Strompreisrabatt

EVN ZENTRALBETRIEBSRAT UWE MITTER INFORMIERT

Bereits über 260.000 Anmeldungen für den blau-gelben Strompreisrabatt verzeichnet das niederösterreichische Energieunternehmen EVN. Zur Erinnerung: Je nach Haushaltsgröße können sich Personen mit Hauptwohnsitz in Niederösterreich mehrere Hundert Euro an Förderung des Landes NÖ abholen.

„Wie löse ich den Energiegutschein ein?“, „Was ist der blau-gelbe Strompreis-Rabatt?“, „Welchen Tarif soll ich wählen?“ oder „Was sind die verschiedenen Stellschrauben beim Energiesparen?“ – es gibt derzeit kaum jemanden, der sich mit



Foto: ©EVN / Rumppler

diesen Fragen nicht beschäftigt. Die EVN unterstützt ihre Kunden dabei. Die meisten Kundinnen und Kunden wählen den Weg über unsere Website“, erläutert Kollege Mitter. Es gibt aber auch viele Personen, vor allem ältere Menschen, die den

persönlichen Kontakt gegenüber dem Online-Angebot bevorzugen.

Daher unterstützt der Energieversorger auch gerne in den EVN Service Center oder im Rahmen der Bus-Info-Tour. Im September führte die EVN Info-Tour durch ganz Niederösterreich. In vier Wochen wurden 40 Gemeinden angefahren. Um möglichst vielen Menschen beim Kostensparen zu helfen, führte die Tour vor allem in Gemeinden mit hoher Bevölkerungsdichte. Ausgenommen waren hier Städte, in denen wir als EVN bereits mit einem Service Center vertreten sind. ■

Link Strompreisrabatt:

<https://www.evn.at/home/strompreisrabatt>

Die Schwerarbeitsverordnung bringt Ungleichbehandlung!

EINE FRAGE: WENN MAN 15 X 8 RECHNET, KOMMT DANN EINE ANDERE SUMME HERAUS, ALS WENN MAN 10 X 12 RECHNET? Wenn es nach der Verordnung für Schwerarbeit geht, dann ist das so!

Die Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheits- und Pflegeberufen leisten schwere Arbeit! Das scheint so weit unstrittig. Und es wird auch laufend bestätigt, wenn unsere Politikerinnen und Politiker vor Angehörigen dieser Berufe in der Öffentlichkeit ein Mikrofon in die Hand nehmen. Ich habe dies zuletzt wieder mehrfach bei den Feierlichkeiten zu Ausbildungsabschlüssen gehört – da wird immer noch von Berufung und Aufopferung geredet! Auch Gesundheits- und Pflegeminister Johannes Rauch sowie die Klubobleute der Regierungsparteien Siegrid Maurer und August Wöginger haben in der Pressekonferenz am 12. Mai 2022 bei Verkündung der Pflege-reform klar festgehalten, dass die Pflegekräfte schwere Arbeit leisten und entlastet werden müssen!

Wenn es dann allerdings darum geht, diese Worte auch in Taten umzusetzen, schaut die Sache schon wieder anders aus! Viele unserer Kolleginnen und Kollegen bringen die Anträge zur Feststellung der Schwerarbeit für ihren späteren Pensionsantritt ein. Der Prozess zur Feststellung ist aufwendig

– ich möchte schon fast sagen schwere Arbeit – es werden Monat für Monat die letzten 20 Jahre Arbeitsleistung bewertet und es müssen sich mindestens 10 Jahre (also 120 Monate) Schwerarbeitsleistung dabei ergeben, um diese Anerkennung zu erreichen. So weit, so verständlich.



Reinhard Waldhör

Schwerarbeit erreicht man, wenn man zum Beispiel 15-mal pro Monat eine bestimmte Anzahl an Kalorienleistung während der Arbeit nachweisen kann (die Bewertung erfolgt durch Sachverständige – das ist aber ein anderes Thema) oder 6-mal in den Nachtstunden gearbeitet hat. Diese beiden Bewertungen sind nicht junktimierbar. Bedeutet also 14-mal Kalorien und fünf Nachtdienste sind damit zu wenig. Wenn also jemand an 15 Tagen im Monat (bei acht Stunden sind das 120 Stunden) Schwerarbeit erbringt, wird dieser Monat angerechnet – wenn jemand (wie die meisten unserer Kolleg*innen) dieselben 120 Stunden im 12-Stunden-Dienst dann zehnmal erbringt, gilt dieser Monat NICHT als Schwerarbeit (selbiges Verfahren auch im Bereich der Feststellung der sechs Nachtdienste)!

Ich halte diese Vorgangsweise für eine Ungleichbehandlung jener, die eigentlich

durch ihre schwere verlängerte Dienstform das Gesundheits- und Pflege-gewesen am Laufen halten, gegenüber jenen, die im selben Setting einen 8-Stunden-Job machen. Und nur um es klar zu sagen: Schwerarbeit leisten für mich unstrittig beide Gruppen! Wir haben daher

als GÖD-Gesundheits-gewerkschaft in unserer Bundesleitung beschlossen, diesen Umstand rechtlich feststellen zu lassen – die Vorbereitungen dazu laufen bereits! Die Forderung unsererseits lautet auf: Das Erbringen von Schwerarbeit pro Monat in Stunden (zum Beispiel 120 Stunden) soll genügen, unabhängig davon, wie viele Tage (oder Nächte) man dafür aufwendet!

Klar für uns ist auch, dass der Punkt 5 der Schwerarbeitsverordnung (berufsbedingte Pflege von erkrankten und behinderten Menschen mit besonderem Behandlungs- und Pflegebedarf) einer Neubewertung zu unterziehen ist.

Die Rahmenbedingungen in allen Bereichen der berufsbedingten Gesundheits- und Krankenpflege sind seit Jahren so erschwert, dass eine generelle Anerkennung der Schwerarbeit dringend angezeigt ist! ■

Ein Fest für Mitarbeiter*innen

AUCH IN DIESEM JAHR organisieren die Angestellten und Arbeiter Betriebsräte*innen der **Berglandmilch** das traditionelle Sommerfest, bei dem zahlreiche Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Dieses Treffen wird immer gerne genutzt, um sich besser kennenzulernen

und sich über verschiedenste Themen auszutauschen. ■

Betriebsratsvorsitzender-Stellvertreterin Carola Grömer und das gesamte Organisationsteam freuten sich über die gelungene Veranstaltung.



AK/ÖGB Familienfeste

Nach zweijähriger Pause konnten heuer wieder die AK/ÖGB Familienfeste in jedem Viertel durchgeführt werden. Auch GÖD NÖ und FCG Landesvorsitzender Matthias Deiser und zahlreiche FCG Funktionär*innen nahmen an den Veranstaltungen teil und informierten die Besucher*innen über die Leistungen der Fachgewerkschaften, wie beispielsweise am GÖD-Stand. ■

v.l.n.r.: FCG Bezirksvors. Alfred Schwarz, FCG NÖ Org.-Ref. KR Martin Pohnitzer, ÖGB-Regionalvors.-Stellvertr. Peter Hollendohner, ÖGB Regionalvorstandsmitgl. Katja Zierhofer, Dipl.-Päd. Hilde Berger, FCG NÖ Pensionistenvertr. Reg. Rat Alfred Schöls



Grillabend der FCG NÖ Jugend

Im Sommer traf sich der Landesvorstand der FCG Jugend Niederösterreich zu einem Grillabend. Dabei konnten die anstehenden Projekte weiter erarbeitet, sowie über die aktuellen Themen am Arbeitsmarkt diskutiert werden. ■

v.l.n.r.: Andrea Bartsch, Hubert Binder, Brigitte Dietrich, Kerstin Pichler, Carola Grömer, Jörg Treiber, Fabian Gamsjäger



FCG NÖ Oktoberfest 2022 – Auch dieses Jahr ein voller Erfolg

BEREITS ZUM 14. MAL wurde das traditionelle FCG NÖ Oktoberfest mit zahlreichen FCG Funktionärinnen und Funktionären abgehalten. Erstmals führte FCG NÖ Vorsitzender Matthias Deiser den symbolträchtigen Bieranstich mit einigen der anwesenden Ehrengästen, darunter unter anderem Bundesministerin Karoline Edtstadler, durch.

Für gute Stimmung sorgte wieder das Duo von „musik4dance“ und auch ein Schätzspiel mit tollen Preisen wurde von der FCG NÖ Jugend organisiert. ■



v.l.n.r.: AK NÖ Vizepräs. Josef Hager, EU-Abg. Mag. Lukas Mandl, NÖAAB-FCG AK Fraktionsvors. KR Harald Sterle, BR Florian Krumböck, BM Mag.^a Karoline Edtstadler, HYPO Filialleiter Markus Eugl, LAbg. Dr. Martin Michalitsch, FCG Landesvorsitzender Ing. Matthias Deiser M.Sc., HYPO Filialleiter Heribert Bauer EIP, FCG Landessekretärin Kerstin Pichler, NR-Abg. Mag. Friedrich Ofenauer